

Bildung hat mächtige Interessenten. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft melden laufend Ansprüche an und formulieren laut ihre dringlichen Erwartungen. Schulen sollen Allgemeinwissen vermitteln, Kenntnisse, Kompetenzen und Werte. Sie sollen Talente fördern und keine Begabungen brachliegen lassen, Lernschwächere mitnehmen, sozial Schwächere und Ausländer integrieren, soziale Unterschiede einebnen, geistig und körperlich Behinderte sowohl gesondert als auch mit anderen unterrichten. Schüler sollen auf ihr berufliches Leben vorbereitet werden, etwas von Wirtschaft und Wissenschaft verstehen, kritische Verbraucher sein, umweltbewusst leben, Ernährungstipps beherzigen und körperlich ertüchtigt ein gesundes Leben führen. Sie sollen zu mündigen Bürgern erzogen werden, geübt in friedlichem Miteinander, politisch interessiert, sozial engagiert – von kulturellen und interkulturellen Kompetenzen ganz zu schweigen. Auch sollen sie Unternehmen der Region gut kennen, sich in einem Verein engagieren oder in der Kirchengemeinde mitwirken. Und wenn sie auch noch mehrere Fremdsprachen beherrschten, Musikinstrumente spielen und in allen Controllingstudien wie TIMSS, PISA, PISA-E, IGLU, DESI, BMT, MARKUS oder VERA bestens abschnitten, dann würde sich das Bild eines zeitgemäßen Schülers zur Freude aller Interessenten vollends abrunden. Auf diese Weise könnte die Wirtschaft brauchbare Fach- und Führungskräfte gewinnen, den

globalen Wettbewerb erfolgreich bestehen und das Land mit weniger Arbeitslosen und einem höheren Bruttoinlandsprodukt ein tadelloses Ansehen weltweit erringen. So oder ähnlich klingen die allgemeinen Erwartungen, und die Bringeschuld der Schule wächst.

Mögen diese Ansprüche im Einzelnen neu sein, aber dass Bildung auch in der Vergangenheit äußeren Interessen ausgesetzt war und von verschiedenen Mächten bedrängt wurde, ist gewiss nichts Neues. Nur haben sich diese Mächte und ihre Einflüsse im Laufe der Zeit stark gewandelt.

Von der Kirche zum Staat

Zur Zeit Karls des Großen (8. Jahrhundert) war es die Kirche, die in der Bildung Maßnahm und den Takt vorgab. Der christliche Bildungskanon wurde zur Richtschnur erhoben, und der humanistische, die *artes liberales*, erfüllte nur eine dienende Funktion. Das Ziel der Bildung war es, die Menschen zu den „Weidegründen des ewigen Lebens“ zu führen, wie Karl der Große es in seiner *Admonitio generalis* formulierte. Mit der Reformation (16. bis 17. Jahrhundert) begann das Schulwesen nach und nach zu verweltlichen, weil die Protestanten das Mönchtum und die Askese ablehnten und den alten Kloster- und Domschulen die persönliche Grundlage entzogen. Aus Klosterschulen wurden städtische oder landesherrliche Anstalten, und der humanistische Bildungskanon, angereichert mit neuen Fächern wie Jurisprudenz und Medizin, erlebte

eine neue Blüte. Die drei wichtigen Ziele der Bildung waren nun „*sapientia*“, „*eloquentia*“ und „*pietas*“. In der Aufklärung (17. bis 18. Jahrhundert) und im Neuhumanismus (18. bis 19. Jahrhundert) verlor dann die Kirche endgültig ihre beherrschende Position als Mitte des öffentlichen Lebens, und der Staat trat an ihre Stelle. Die Lehrpersonen waren keine Theologen mehr, die Lehrinhalte weltlich ausgerichtet, und zum Bildungsziel wurde die Entwicklung der Persönlichkeit erklärt. Heute stellt das Grundgesetz (Artikel 7, Paragraph 1) das gesamte Schulwesen unter staatliche Aufsicht. Einen allgemein geltenden Bildungskanon, sei es einen christlichen oder einen humanistischen, gibt es nicht mehr. Das allgemeine Ziel der Persönlichkeitsbildung ist zwar prinzipiell geblieben, aber auch die außerpädagogischen Ansprüche haben zugenommen.

Wohlstand heißt Bildung

Wollten wir nun die beiden maßgeblichen Interessen unserer Zeit zusammenfassen, dann würden zwei Schlagworte in Fettdruck prangen: Wohlstand und sozialer Aufstieg. Nicht zufällig rief Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede anlässlich des 60. Geburtstags der Sozialen Marktwirtschaft im Jahre 2008 die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Sie hat programmatisch verkündet: „Wohlstand für alle heißt heute Bildung für alle.“ Damit wir unseren Wohlstand erhalten und mehren können, brauchen wir eine starke Wirtschaft, und damit die Wirtschaft gedeiht, braucht sie gut qualifizierte Fach- und Führungskräfte, die Innovationen vorantreiben und den internationalen Wettbewerb bestehen. Mit diesem wirtschaftlichen Aspekt der Bildung geht auch der soziale Aspekt einher: Bildung macht sozialen Aufstieg möglich. In den 1960er-Jahren rückte die sozial egalisierende Funktion der Schule in den Mittelpunkt, und diese Tendenz

verhärtete sich so sehr, dass man mit der Losung „Begabung ist Begaben“ sogar die tatsächliche Ungleichheit der Menschen zu verwerfen schien und einem Machbarkeitswahn verfiel: Begabung sei machbar und eine Bringschuld der Bildung. Paradox scheint heute allerdings die Haltung derer zu sein, die immer noch auf diese egalisierende Funktion der Schule pochen, aber das Leistungsprinzip ablehnen. Denn Leistung ist in einer demokratischen Gesellschaft das einzige Kriterium, das soziale Unterschiede aufgrund von Besitz, Status, Religion oder Herkunft aufhebt und allen Kindern die gleichen Startchancen bietet. Eine Garantie für Chancengleichheit am Ende kann es aber nicht geben, weil die Leistungen der Menschen sich unterscheiden. Schulen müssen heute also drei gewichtigen Ansprüchen gerecht werden: den sozialen als „Zuteilungsapparatur von Lebenschancen“ (Helmut Schelsky), den ökonomischen als „Anstalten der Lebensnoth“ (Friedrich Nietzsche) und schließlich den pädagogischen als „Übungsplätze der Fähigkeiten der Seele“ (Johann Gottfried Herder).

Wandel durch Reformen

Nun wäre es ein Leichtes, die ersten beiden Interessen abzuweisen und das Hohelied auf das Humboldt'sche Ideal der zwecklosen Bildung zu singen. Doch sollten wir zweierlei im Auge behalten: Erstens ist Bildung immer auch eine politische Größe. Wir können sie aus dem Geflecht konkurrierender pädagogischer und außerpädagogischer Interessen nie ganz herauslösen, zumal das Grundgesetz die Schule unter die Aufsicht des Staates stellt. Thomas Mann hat es auf den Punkt gebracht: „Der tiefste Widerstand [...], dem der republikanische Gedanke in Deutschland begegnet, beruht darauf, dass der deutsche Bürger und Mensch das politische Element niemals in seinen Bildungsbegriff aufgenommen

Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm am 2. März 2010 beim Eröffnungsrundgang über die CeBIT in Hannover zusammen mit dem spanischen Ministerpräsidenten, José Luis Rodríguez Zapatero (Mitte) vom Microsoft-Deutschland-Chef Achim Berg (2. v. r.) umringt von Kindern in einem virtuellen Klassenzimmer ein „Wünscheheft“ entgegen. Inhalt sind die Ergebnisse einer Umfrage von Schülern, Eltern und Lehrern für die Bildungsrepublik von morgen. „Wir brauchen Gigabyte und Goethe“, so Achim Berg.

© picture-alliance/dpa, Foto: Angelika Warmuth



hat.“ Zweitens hatten Bildungsreformen, auch wenn sie nicht immer rein pädagogische Gründe hatten, auch pädagogisch nützliche Wirkungen, eingeschlossen die Humboldt'sche Reform selbst.

Während im 18. und 19. Jahrhundert die sogenannten „Philanthropisten“ sich zur bürgerlichen Lebenspraxis hinwandten und an erster Stelle nach dem materiellen Nutzen des Wissens und des Lernstoffs fragten, gingen die Neuhumanisten, angelehnt an die Weimarer Klassik, einen anderen Weg und verpflichteten sich dem Ideal einer Bildung, in der die Entfaltung der Persönlichkeit im Mittelpunkt stand [„Volk und Knecht und Überwinder, / Sie gestehn zu jeder Zeit: / Höchstes Glück der Erdenkinder / Sei nur die Persönlichkeit“ (Johann Wolfgang Goethe)]. Dass die Neuhumanisten sich gegenüber den Philanthropisten durchsetzen konnten, beruhte auch auf den damaligen politischen Umständen.

Die preußischen Staatsmänner, vor allem Reichsfreiherr vom und zum Stein, führten die Niederlage gegen Napoleon (1806) auf das egoistische Gewinnstreben der Menschen zurück und forderten daher von der Bildung die Einpflanzung einer idealen Gesinnung, was wiederum die Position von Neuhumanisten und Humboldt begünstigte.

Nicht anders verhielt es sich über ein Jahrhundert später mit dem Sputnik-Schock 1957, als der erste sowjetische Weltraumsatellit die westliche Welt aus der Fassung brachte und deren Überlegenheitsgefühl erschütterte, und fast vier Jahrzehnte später mit dem PISA-Schock 2000. Diese Schockwellen setzten Bildungsreformen in den USA, in Europa und in Deutschland in Gang. Getrieben durch die Sorge um die eigene Machtstellung im Kalten Krieg oder im globalen Wettbewerb, führten diese Bildungsreformen zwar zu Übertreibungen, Welt-

untergangsprophezeiungen und Messbarkeitsneurosen, gleichzeitig aber hatten sie pädagogisch heilsame Effekte: In den 1960er- und 1970er-Jahren entstanden Strukturen, die unsere heutige Schulpolitik bestimmen; wir haben einen geschärften Blick für die frühkindliche Pädagogik; wir investieren mehr Zeit in die Ausbildung von Kompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen; der Zusammenhang zwischen Bildung und sozialer Herkunft ist uns klarer geworden.

Schule:

Keine Reparaturdienstleistung

Heute ist der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Druck auf Schulen übermäßig gestiegen, und die Parteien führen in den Bundesländern effekthascherische Spiegelfechtereien mit Strukturereformen, weil Bildung Ländersache ist und ein einfaches Mittel der Profilierung. Unter der Last dieser Zumutungen und Experimente bekommt also die Schule als eine pädagogische Institution Risse. Natürlich werden Anpassungen auch weiter nicht ausbleiben können, denkt man an den demografischen Wandel, an die Halbierung der Schülerzahlen in Ost- und Westdeutschland und an die Integration von Kindern mit ausländischen Wurzeln. Gleichwohl müssen wir Schulen heute wieder stärker als eine pädagogische Institution verstehen und weniger als eine Reparaturdienstleistung für gesellschaftliche Probleme oder als Ersatz für krumm laufende Sozialpolitik, Familienpolitik oder Arbeitsmarktpolitik.

Max Weber und Wilhelm Röpke (*Jenseits von Angebot und Nachfrage*) haben gezeigt, dass die Umordnung ökonomischer Systeme einer geistigen Verwandlung bedarf und dass die Soziale Marktwirtschaft nicht in der Lage ist, ihre eigenen Voraussetzungen zu schaffen, von denen sie lebt. Daher erstaunt es einen nicht, wenn in materiellen Krisen (militärisch oder wirtschaftlich) preußische Staats-

männer nach idealer Gesinnung riefen oder in der letzten Finanzkrise der Ruf nach „Werten“ stark ertönte und Menschen gegen die Habgier der Manager zu Felde zogen. Auch in den USA hält die Besinnung auf „Bescheidenheit“ Einzug. Der konservative Intellektuelle David Brooks fordert von den Amerikanern mehr Demut und weniger Arroganz, weniger Egoismus und mehr Gemeinsinn.

Balance zwischen Pädagogik und Ökonomie

Bildung ist die Quelle dieser geistigen Verwandlung. Wenn Schüler als Persönlichkeiten wachsen und gedeihen und Schulen ihrem pädagogischen Auftrag unabhängig, ruhig und konzentriert nachgehen, können wir auf lange Sicht hin, auch für das Soziale und Ökonomische mehr erreichen. Recht hat Eberhard von Kuenheim, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der BMW AG, wenn er schreibt: „Unsere Bildungswege sind auf eine ‚Ich.Alles.Sofort‘-Haltung angelegt, und diese nehmen die Jugendlichen mit in unsere Unternehmen. Die jüngste weltweite Finanzkrise hat ebendiese Wurzeln. Bildung erlaubt demgegenüber Orientierung unter Unsicherheit, abwägendes Urteilen, ermöglicht Maß und Mitte, Distanz, Reflexion, auch Widerstand, Mut und Standhaftigkeit und kritisches Gewichten [...] Bildung schützt gegen Verführung. Bildung wird – so das klassische Verständnis – zweckfrei erworben. Gerade darum ist sie hilfreich, ja sogar nützlich“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. April 2011).

Natürlich werden die mächtigen Interessenten, von denen oben die Rede war, ihre Ansprüche an Schulen auch weiterhin melden. Es kommt aber darauf an, eine Balance zwischen ihnen und dem genuin pädagogischen Interesse der Schulen zu finden. Und das ist wiederum eine politische Aufgabe, die Umsicht und Sinn für das Ganze verlangt.